

V o r l a g e Nr. G 179/19

für die Sitzung der städtischen Deputation für Kinder und Bildung am 03.04.2019

Oberschule an der Lehmhorster Straße, Anbau Verwaltung

A. Problem

Die Deputation für Bildung ist in Ihren Sitzungen am 28.10.2010 (Vorlage Nr. G92/17), 13.07.2012 (Vorlage G44/18), 26.06.2014 (Vorlage G131/18) und 09.03.2016 (Vorlage G22/19) über die geplanten Sanierungsarbeiten und den notwendigen bedarfsgerechten Ausbau der Oberschule an der Lehmhorster Straße informiert worden.

Die ersten drei Bauabschnitte (Sanierung der Gebäude A-C, Sanierung Gebäude D-E und Neubau des sechsten Jahrgangshauses) sind abgeschlossen. Den letzten Schritt für den Ausbau der Oberschule bilden der Erweiterungsbau G2 sowie die damit verbundenen Umbauten im derzeitigen Verwaltungsbereich und der Mensa. Die Deputation für Kinder und Bildung hat in Ihrer Sitzung am 25.02.2016 der Fortführung der Planung bis zur ES-Bau zugestimmt.

Geplant ist ein Anbau, der eine angemessene Eingangssituation, Verwaltungsräume und Fachunterrichtsräume für die Oberschule schafft. Dadurch wird die Möglichkeit eröffnet, die derzeitigen Verwaltungsräume in unbedingt erforderliche Nebenräume für die Küche der Mensa umzubauen. Vorgesehen ist zudem ein Aufzug, der neben der vertikalen Erschließung des Anbaus auch eine barrierefreie Anbindung an den Altbau herstellt.

B. Lösung / Sachstand

Im Dezember 2018 wurde eine ES-Bau von Immobilien Bremen AöR vorgelegt. Die im Rahmen der ES-Bau erstellte Kostenschätzung schließt mit Baukosten in Höhe von 4.582.000 Euro. Davon entfallen 948.000 Euro (20,7%) auf das SVIT. Der Nutzeranteil beträgt 3.634.000 Euro (79,3%).

In der ES-Bau wird darüber hinaus eine Kostensteigerung in Höhe von 2,2% p.a. ausgewiesen. Die Berücksichtigung erfolgt im Rahmen des Risikomanagements für die Preisentwicklung von Hochbaumaßnahmen, gemäß der Dienstanweisung 02/2018 der Senatorin für Finanzen. Die weitere Präzisierung der Kostenplanung einschließlich einer Mittelabflussplanung erfolgt mit der EW-Bau.

C. Finanzielle / Personelle Auswirkungen / Gender-Prüfung

Zur Finanzierung des Nutzeranteils der Planungsleistung bis zur ES-Bau wurden bereits 500.000 Euro an Immobilien Bremen gezahlt.

Im Haushaltsjahr 2019 stehen im PPL 97 200.000 Euro im Kapitel 3988/884 37-4 zur Verfügung. Zudem ist eine Finanzierung in Höhe von insgesamt 1.000.000 Euro über das KInvFG II vorgesehen.

Zur Finanzierung des Nutzeranteils sind darüber hinaus 2.000.000 Euro über Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 1.000.000 Euro in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 vorgesehen.

Es ist damit eine Finanzierung des Nutzeranteils in Höhe von 3.634.000 Euro mit 3,7 Mio. Euro abgesichert.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen sowie geschlechtsspezifische Wirkungen sind mit der Maßnahme nicht verbunden.

D. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Bildung stimmt der Fortführung der Planungen bis zur EW-Bau sowie dem aufgezeigten Finanzierungsplan zu.

In Vertretung

Gez.

Frank Pietrzok

Staatsrat